

# Niederschrift

## SchBA/VIII/09

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 06.02.2013 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

### **Anwesend waren:**

#### Der Ausschussvorsitzende

Steindorf, Ralf

#### Die Ausschussmitglieder

Fleige-Völker, Josefa  
Kreutzfeldt, Brigitte

Vertreterin für Klaus-Peter  
Kreutzfeldt

Lembeck, Guido  
Mensing, Hartwig  
Rahsing, Ewald  
Schaten, Carina  
Weber, Winfried  
Wilde, Andreas

#### Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Lyding, Andrea

Kommissarische Schulleite-  
rin der Antonius-  
Grundschule Darfeld

Middelberg, Thomas

Rektor der Sebastian-  
Grundschule Osterwick

Schulze Langenhorst, Ingrid

Konrektorin der Verbund-  
schule Legden Rosendahl

Als Vertreterin für Herrn  
Barkowsky-Pokart

Banse, Otto

Pfarrer

Remke, Carsten

Pfarrer

#### Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef

Bürgermeister

Gottheil, Erich

Allgemeiner Vertreter

Isfort, Werner

Kämmerer

Fuchs, Maria

Produktverantwortliche

Wisner-Herrmann, Sabine

Schrifführerin

#### Als Gäste zu TOP 4 ö.S.

Haßler, Christa

Vorsitzende des Förderver-  
eins Antoniuschule Darfeld  
e.V.

Espelkott, Robert

Stellv. Vorsitzender des  
Fördervereins Antonius-  
schule Darfeld e. V.

**Es fehlten entschuldigt:**

Die Ausschussmitglieder

Kreutzfeldt, Klaus-Peter

Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Barkowsky-Pokart, Axel	Rektor der Verbundschule Legden Rosendahl
Holtmann, Dirk	Pfarrer
Ring, Thomas	Pfarrer
Sander, Lothar	Pfarrer
Müller, Josef-Karl	Rektor der Nikolaus- Grundschule Holtwick

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:05 Uhr

## Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Steindorf begrüßte um 18:10 Uhr in der Aula der Antonius-Grundschule Darfeld die erschienenen Ausschussmitglieder, die kommissarische Schulleiterin, Vertreterinnen des Fördervereins, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Die kommissarische Schulleiterin Frau Lyding erläuterte zunächst das aktuell bestehende Problem. Das sehr gut genutzte Angebot der Offenen Ganztagschule (OGS) beinhaltet auch die Versorgung der Schüler mit einem Mittagessen. Da das Angebot inzwischen von über 40 Schülern genutzt werde, seien die im Dachgeschoss eingerichteten Räume dafür zu eng geworden. Inzwischen nutze man einen Klassenraum im Erdgeschoss für das Mittagessen. Obwohl das Essen von der Mensa der Verbundschule Legden Rosendahl fertig angeliefert werde, breite sich in der Mittagszeit oftmals unangenehmer Essensgeruch in den Gängen und der Aula aus. Der Förderverein habe sich nun angeboten, im leerstehenden Dachgeschoss auf eigene Kosten eine neue Schulküche mit ausreichend Essplätzen einzurichten, die nicht nur von Schülern sondern z.B auch von der Bevölkerung für Kochkurse genutzt werden könnte.

Frau Haßler ergänzte, dass die Mitglieder des Fördervereins bereits sehr euphorisch und sicher seien, diese Aufgabe bewältigen zu können. Das genaue Konzept für die spätere Küche könne in der Sitzungsvorlage eingesehen werden.

Es erfolgte ein Rundgang durch die aktuell genutzten Räume im Erdgeschoss und die Räume der OGS im Dachgeschoss. Dann trafen sich alle Anwesenden im Bereich des noch auszubauenden Dachgeschosses.

Ausschussmitglied Lembeck fragte, ob es bereits ein Brandschutzkonzept für diesen Raum gebe, da man dadurch entstehende Kosten unbedingt berücksichtigen müsse.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass es bereits 2 Fluchttreppen gebe, dass aber weitere Fragen noch mit dem Bauamt des Kreises Coesfeld geklärt werden müssten. Die Baustelle solle aber durch den Verwaltungsmitarbeiter Herrn Mertens mitbetreut werden, der jederzeit für Fragen zur Verfügung stehen werde.

Ausschussmitglied B. Kreuzfeldt fragte, durch wen die notwendigen Arbeiten ausgeführt werden sollten.

Frau Haßler erklärte, dass es geplant sei, alle Arbeiten von Eltern durchführen zu lassen, wobei es sich dabei immer um Fachleute handele. Viele Eltern seien Inhaber von Handwerksbetrieben, die ihre fachgerechte Hilfe angeboten hätten.

Die Frage von Ausschussmitglied B. Kreuzfeldt, ob hier nicht eine öffentliche Ausschreibung erfolgen müsse, wurde vom Ausschussvorsitzenden Steindorf verneint.

Allgemeiner Vertreter Gottheil machte darauf aufmerksam, dass durch die Erstellung der Küche und Überlassung an die Gemeinde Aufwand entstehe, der zu einer Abschreibung führe.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde die Frage erörtert, ob man nicht den jetzigen Essraum so umgestalten könne, dass dort die Küche eingerichtet werden könnte.

Dies wurde von Frau Lyding und Frau Haßler verneint, zumal Frau Lyding den jetzigen Essraum gerne wieder als Klassenraum bzw. als Computerraum nutzen wolle.

Frau Lyding erklärte, dass die Schüler zwar mit Laptops arbeiten könnten, diese aber zu jeder Unterrichtsstunde zunächst aus einem abgelegenen Raum geholt werden müssten. Zudem gebe es in den normalen Klassenräumen immer wieder Netzprobleme. Sie gehe davon aus, dass bei der festen Einrichtung eines Computerraumes und einer stabilen Serververbindung dieses Problem nicht mehr auftreten werde.

Frau Schotte aus dem Lehrerkollegium wies ferner darauf hin, dass der Lehrplan auch die gesunde Ernährung beinhalte, so dass es schön wäre, entsprechenden Unterricht in geeigneten Räumen durchführen zu können.

Ausschussvorsitzender Steindorf erklärte abschließend, dass er es für wichtig halte, Investitionen zu tätigen um die Gemeinde attraktiv zu machen und den Schulstandort zu erhalten.

Frau Haßler wies noch einmal darauf hin, dass der Gemeinde ja keine Kosten entstehen sollen, da der Förderverein die gesamten Kosten tragen wolle. Von Reparaturen gehe sie bei einer kompletten Neueinrichtung in den nächsten Jahren nicht aus.

Man einigte sich darauf, weitere aufgetretene Fragen in der anschließenden Sitzung zu erörtern.

Ausschussvorsitzender Steindorf begrüßte um 19:00 Uhr im Sitzungssaal die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Schulen und Kirchen, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 28. Januar 2013 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

## **1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)**

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

## **2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO**

### **2.1 Sprengung des Funkturms "Lange Ida" im Ortsteil Osterwick - Herr Lembeck**

Ausschussmitglied Lembeck verwies auf die anstehende Sprengung des Funkturms „Lange Ida“ am 9. Februar 2013.

Er habe gehört, dass im Rahmen des von der Gemeinde aufgestellten Sicherheitskonzeptes bereits eine Aufstockung der beteiligten Feuerwehrkollegen erfolgt sei. Inzwischen sei die Sprengung auch Thema in der Internetplattform „Facebook“ und werde dort als Event verbreitet. Er fragte, ob es Vorsichtsmaßnahmen für möglicherweise auftauchende große Menschenmassen gebe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er davon noch nicht gehört habe, diese Information aber weiter geben wolle.

Frau Fuchs ergänzte indessen, dass insbesondere eine Rosendahler Firma dieses Ereignis für eigene Werbung über das Internet nutze und dies den verantwortlichen Kollegen auch bekannt sei.

## **2.2 Ausschreibung der Schulleiterstelle an der Antonius-Grundschule Darfeld - Herr Mensing**

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte nach dem Sachstand zur Ausschreibung der Schulleiterstelle an der Antonius-Grundschule in Darfeld. Er fragte weiter, ob der oder die BewerberIn unbedingt der katholischen Konfession angehören müsse und wie mit den Bewerbungen anderer Konfessionen umgegangen werde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass nur eine Bewerbung eingegangen sei und die Stelle daher nochmals neu ausgeschrieben werden müsse.

Die kommissarische Schulleiterin Lyding teilte mit, dass sie sich für die Stelle der Schulleitung beworben habe und ihre Bewerbung die einzige gewesen sei. Nach dem Ende der ersten Ausschreibungsfrist am 15. Dezember 2012 sei die Stelle sofort ein zweites Mal ausgeschrieben worden. Diese Frist sei am 31. Januar 2013 zu Ende gegangen. Sie habe aber noch keine Nachricht zu dieser Bewerbung erhalten.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, ob möglicherweise nur die Bewerbungen von katholischen Bewerbern an die erweiterte Schulkonferenz weitergeleitet werden.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass das bischöfliche Generalvikariat bei der Stellenvergabe ein Mitspracherecht habe. Sie könne aus eigener Erfahrung sagen, dass mit der Besetzung einer Stelle teilweise bis zu 3 Jahren gewartet werde, wenn keine Bewerbungen mit katholischer Konfession eingingen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass es einen Brief an die Bezirksregierung in Münster gegeben habe, in dem der Verzicht auf die Priorität der Konfession erklärt wurde. Durch die Ausschreibung und das Anforderungsprofil sei dieser Brief wirkungslos geworden.

## **3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschuss-sitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 24. Oktober 2012.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

**4 Antrag des "Förderverein Antoniuschule Darfeld e.V." auf Zustimmung der Gemeinde Rosendahl zur Errichtung einer Lehrküche in der Antonius-Grundschule Darfeld durch den Förderverein der Grundschule Darfeld  
Vorlage: VIII/525**

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/525 und begrüßte zu diesem TOP die Vorsitzende des Fördervereins der Antoniuschule Darfeld e.V., Frau Haßler sowie ihren Stellvertreter, Herrn Espelkott.

Frau Haßler bedankte sich für die Einladung zu dieser Ausschusssitzung und verwies auf den Antrag des Fördervereins, der mit der Sitzungsvorlage allen Ausschussmitgliedern zugegangen sei. Es gehe um die Einrichtung einer neuen Schulküche an der Antonius-Grundschule in Darfeld, die sowohl den Schülern und den Teilnehmern der Offenen Ganztagschule als auch den Darfelder Bürgern zu Gute kommen solle. Im weitesten Sinne handele es sich dabei sogar um einen Beitrag zur Kultur. Wie allen bekannt sei, sei Darfeld nicht gerade das lebendigste Dorf. Hier habe man sich vorgenommen gegenzusteuern, indem man in einer neuen Küche auch Veranstaltungen für Erwachsene anbieten könne. Sie sei zuversichtlich, diese Aufgabe mit Hilfe von vielen Beteiligten stemmen zu können. Ein gutes Beispiel für gemeinschaftliche Arbeit sei das Projekt „Generationenpark Bahnhof Darfeld“. Einzelheiten könnten der Vorlage entnommen werden, sie stehe aber mit Herrn Espelkott gerne für Fragen zur Verfügung.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragte, wie die Finanzierung in Höhe von rd. 62.500 € gestemmt werden solle, da im Moment von einem Eigenkapital in Höhe von 8.300 € ausgegangen werde.

Frau Haßler erklärte, dass die 8.300 € allein aus einem Sponsorenlauf stammten. Weitere Eigenleistungen könnten erst angefragt werden, wenn der Ausschuss sein grundsätzliches Einverständnis zu dem Vorhaben erklärt habe.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass sie diesen Weg für falsch halte. Ein komplettes Finanzierungskonzept sei doch sicherer. Wenn der Förderverein die tatsächlich notwendigen Mittel nicht aufbringen könne, bleibe letztendlich eine unvollendete Baustelle zurück.

Frau Haßler hielt dem entgegen, dass auch zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Baustelle vorhanden sei. Der Gemeinde entstehe in keinem Fall ein Schaden. Lediglich für den Fall der kompletten Fertigstellung und späteren Nutzung der Schulküche beantrage der Förderverein die Übernahme der Betriebskosten durch die Gemeinde Rosendahl.

Ausschussvorsitzender Lembeck stimmte Frau Haßler darin zu. Er stellte jedoch fest, dass das Dach eine energetische Katastrophe darstelle und richtete die Frage an die Verwaltung, wie es weitergehe, wenn keine Sanierung des Dachgeschosses durch den Förderverein stattfinde. Dann müsse doch wahrscheinlich irgendwann die Gemeinde auf jeden Fall selbst Geld in die Hand nehmen.

Bürgermeister Niehues verwies darauf, dass das Dach der Schule komplett neu eingedeckt worden sei. Das Dachgeschoss hingegen sollte laut Beschluss aufgrund der Haushaltssicherung zunächst im jetzigen unausgebauten Zustand verbleiben und könnte auch weiter so liegen bleiben.

Allgemeiner Vertreter Gottheil ergänzte, dass er keine Bedenken habe, den Ausbau dem Förderverein zu überlassen, weil als erstes weitere Isolierungsmaßnahmen ausgeführt werden müssten. Der Estrich solle sogar im zukünftigen Abstellraum gelegt werden. Selbst wenn die Baumaßnahme irgendwann stocken würde, hätte

man auf jeden Fall eine bessere Lösung als bisher.

Ausschussmitglied Lembeck stellte fest, dass durch die Initiative des Fördervereins im Schulgebäude für die Gemeinde nur eine Wertverbesserung entstehen könne.

Ausschussvorsitzender Steindorf stimmte Herrn Lembeck zu. Jede Investition an der Grundschule Darfeld könne nur zu einer Verbesserung der Situation führen.

Herr Espelkott vom Förderverein ergänzte, dass das notwendige Isoliermaterial bereits vorhanden sei. Es liege bereits seit 1 bis 2 Jahren auf dem Dachboden und hätte eigentlich vom Hausmeister angebracht werden sollen, der aus Zeitgründen noch nicht dazu gekommen sei. Mit Hilfe der Eltern könnte man hier zeitnah tätig werden.

Fraktionsvorsitzender Weber richtete die Frage an den Ausschussvorsitzenden Steindorf, ob dieser Frau Haßler genügend über die Finanzlage der Gemeinde aufgeklärt habe. Er befürchte, dass die möglichen Folgekosten für die Gemeinde nicht übersehbar seien. Die CDU habe schon geringere Beträge eingespart, wie z.B. den Kostenbeitrag für die Volkshochschule. Er könne sich vorstellen, dass durch das persönliche Engagement des Fördervereins später sehr viele Menschen an den ausgebauten Räumlichkeiten und der Küche hängen. Ebenso werde sich aber das Thema des Schulstandortes Darfeld irgendwann klären. Möglicherweise könne der Standort nicht unendlich lange erhalten werden. Er frage sich, was passieren werde, wenn die Schule geschlossen werde. Möglicherweise würden dann Ansprüche an die Gemeinde Rosendahl herangetragen.

Ausschussvorsitzender Steindorf zitierte hierzu Adolf Kolping, der einmal gesagt habe: „Stirbt die Schule, stirbt das Dorf.“ Die CDU-Fraktion wolle so lange wie möglich den Schulstandort Darfeld erhalten.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er dabei Herrn Steindorf nur unterstützen könne. Nach dem neuen Schulrechtsänderungsgesetz dürfe die Schule auch mit nur 46 Kindern weitergeführt werden, wenn auch nicht als eigenständiger Standort, aber er gehe davon aus, dass über 46 Kinder langfristig in Darfeld beschult werden könnten.

Allgemeiner Vertreter Gottheil verwies hier auf die Sitzungsvorlage, in der bereits ausführlich dargestellt worden sei, dass der Förderverein im Falle einer Schulschließung keine Ansprüche an die Gemeinde Rosendahl stellen werde.

Bürgermeister Niehues richtete an Frau Haßler die Frage, ob der Förderverein einen Teil der künftigen Betriebskosten übernehmen könne, wenn die Gemeinde sich an den Investitionskosten beteilige.

Frau Haßler erklärte an den Fraktionsvorsitzenden Weber gerichtet, dass ihr die Finanzlage der Gemeinde hinreichend bekannt sei. Der Förderverein wolle mit der Einrichtung der Schulküche auch dem demografischen Wandel entgegen wirken. Ansprüche würden später auf keinen Fall gestellt. Zum Vorschlag von Bürgermeister Niehues könne sie sich spontan nicht äußern. Sie gehe aber davon aus, dass es nicht möglich sei, die Mitgliederbeiträge für laufende Kosten zu verwenden.

Herr Espelkott vom Förderverein gab zu bedenken, dass die Raumschwierigkeiten in der Antonius-Grundschule auch durch die hohen Teilnehmerzahlen der OGS verursacht würden. Die Räume für diese Kinder müssten eigentlich von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinde solle bedenken, dass der Ausbau

durch den Förderverein gleichzeitig Räumlichkeiten für die Mahlzeiten der OGS-Kinder schaffe.

Ausschussmitglied Schaten schloss sich den Ausführungen von Herrn Espelkott an und sprach dem Förderverein ein großes Lob für sein Engagement aus. Man müsse doch die vielen positiven Aspekte sehen. Es werde eine Lehrküche mit Essgelegenheit für Schüler und Bürger geben. Der jetzige Essraum könne zu einem Computerraum umgewandelt werden und die Geruchsbelästigung in der Aula und den Schulgängen falle weg. Sie sei der Ansicht, dass die anfallenden Betriebskosten in Höhe von rd. 1.800 € jährlich gut angelegt seien. Die FDP-Fraktion werde dem Einbau der Küche zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte mit, dass sich die WIR-Fraktion lange mit diesem Thema auseinandergesetzt habe. Dabei sei auch der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) zur Sprache gekommen. Die WIR tue sich schwer damit, einer weiteren Vergrößerung der Schulfläche zuzustimmen, obwohl sie es unglaublich mutig vom Förderverein finde, dieses Projekt anzugehen. In der Vergangenheit seien aber leider zu viele Projekte positiv gestartet, die dann im weiteren Verlauf von der Gemeinde finanziell unterstützt werden mussten. Zudem werde doch auch der Ausbau des bisherigen Essraums zu einem Computerraum hohe Kosten wie z.B. bei der Verbundschule in Höhe von 25.000 € verursachen. Vor diesem Hintergrund könne die WIR-Fraktion einem Einbau der Schulküche durch den Förderverein nicht zustimmen.

Ausschussvorsitzender Steindorf zeigte sich verwundert, dass die WIR-Fraktion hier den GPA-Bericht ins Feld führe, wo sie doch beim Widerstand gegen das Organisationsgutachten den GPA-Bericht ignoriert habe.

Dem widersprach Fraktionsvorsitzender Mensing.

Frau Lyding erklärte, dass der Umbau des bisherigen Essraumes zu einem Computerraum mit ständiger Servereinrichtung keine Kosten verursachen werde. Das könne Herr Möllers, der mit der EDV-Betreuung beauftragt sei, während seiner üblichen Arbeitszeit erledigen. Sie habe aber den GPA-Bericht so verstanden, dass die leerstehende Fläche in der Schule die Gesamtbilanz verschlechtere. Demnach müsse doch ein genutzter Raum energetisch wirtschaftlicher sein. Insgesamt sei Schule aber kein Wirtschaftsunternehmen und könne auch nicht immer wirtschaftlich geführt werden.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass für den Umbau zu einem Computerraum keine hohen Kosten zu befürchten seien. Herr Möllers habe gute Quellen, um günstig gebrauchte Computer zu beschaffen. Zudem seien ja momentan Laptops vorhanden. Außerdem gebe es ein Budget im Haushalt, das alle drei Jahre Anschaffungen für eine der drei Grundschulen erlaube.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass er der Meinung sei, dass der Ortsteil Darfeld alle notwendige Unterstützung bekommen müsse, insbesondere um als Schulstandort erhalten zu bleiben. Auch der neue Generationenpark werde dazu beitragen. Obwohl die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen ursprünglich gegen diese Maßnahme gewesen sei, werde er sich bei der heutigen Abstimmung enthalten und noch einmal mit seinen Fraktionskollegen beraten.

Ausschussmitglied Rahsing erklärte, dass er die ganze Diskussion gar nicht nachvollziehen könne. Es gehe lediglich um die Übernahme der Betriebskosten für eine neue Schulküche. Falls der Schulstandort tatsächlich irgendwann geschlossen werden müsse, bedeute das für die Gemeinde Rosendahl nur, dass keine Kosten mehr anfielen. Er schlage daher vor, zur Abstimmung zu kommen.



Ausschussmitglied Schaten teilte mit, dass die FDP-Fraktion einen zusätzlichen Passus im Beschlussvorschlag begrüßen würde, dass die Gemeinde keine zusätzlichen Gelder für eine Fertigstellung bereitstellen müsse.

Ausschussvorsitzender Steindorf war der Ansicht, dass es ausreiche, einen Teil der Verwaltungsvorschläge zur Betriebskostenregelung und der Erhebung von Nutzungsentgelten zu streichen, um zu einer sinnvollen Regelung zu gelangen. Man könne über die grundsätzliche Errichtung der Schulküche sowie über die Punkte 1 und 4 (teilweise) abstimmen.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte daraufhin den Antrag, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschluss, bestehend aus drei Einzelbeschlüssen**:

Dem Antrag des „Förderverein Antoniuschule Darfeld e.V.“ auf Errichtung einer Lehrküche in der Antonius-Grundschule Darfeld durch den Förderverein der Grundschule Darfeld wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:                      5 Ja Stimmen  
    4 Nein Stimmen

Die Betriebskosten werden insgesamt von der Gemeinde Rosendahl getragen.

Abstimmungsergebnis:                      5 Ja Stimmen  
    3 Nein Stimmen  
    1 Enthaltung

Im Falle der außerschulischen Nutzung der Räumlichkeiten der Schulküche erhebt die Gemeinde Rosendahl Nutzungsentgelte auf der Grundlage der am 14. Juli 2011 vom Gemeinderat Rosendahl beschlossenen Entgeltordnung.

Abstimmungsergebnis:                      6 Ja Stimmen  
    2 Nein Stimmen  
    1 Enthaltung

Ausschussmitglied B. Kreuzfeldt gab den Mitgliedern des Fördervereins abschließend zu bedenken, dass eine Küche für Kinder andere Voraussetzungen erfüllen müsse als für Erwachsene.

**5      Abschluss einer Vereinbarung mit den Kath. Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten in Rosendahl**  
**Vorlage: VIII/512**

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/512.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass in der Sitzungsvorlage noch einmal dargestellt sei, dass der Versuch, die Trägeranteile für die sogenannten Zusatzplätze dem

Kreis Coesfeld zu übertragen, gescheitert sei. Da somit von einer langfristigen Regelung zwischen der Gemeinde Rosendahl und den Katholischen Kirchengemeinden ausgegangen werde, schlage man verwaltungsseitig vor, eine Verlängerung des Vertrages für 2 Jahre mit einer Verlängerungsklausel vorzunehmen.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte für die WIR-Fraktion, dass der Passus im § 9 der Vereinbarung zwischen der Gemeinde Rosendahl und den Katholischen Kirchengemeinden, wonach eine stillschweigende Verlängerung des Vertrages wirksam werde, wenn keine Kündigung erfolge, herausgenommen werden solle.

Pastor Remke erklärte, dass es Ziel der Pfarrgemeinden sei, durch diesen Vertrag die jährliche Diskussion um das gleiche Thema zu vermeiden. Auch in anderen Kommunen werde bereits so verfahren. Er sei der Ansicht, dass der vorgelegte Vertrag eine Vereinfachung für alle Seiten darstelle. Zudem sehe er keine Notwendigkeit, alle zwei Jahre die gleiche Diskussion zu führen und damit den gesamten Kirchenvorstand zu beschäftigen.

Fraktionsvorsitzender Mensing entgegnete, dass es lediglich um die Vertragslaufzeit gehe, mit der sich nur der zuständige Ausschuss alle zwei Jahre erneut befassen solle. Für die Gemeinde bedeute das ebenso wie für die Katholischen Kirchengemeinden keine Mehrkosten.

Ausschussvorsitzender Steindorf begrüßte diesen Vorschlag vor dem Hintergrund, dass man die Hoffnung niemals aufgeben solle. Möglicherweise sei ja irgendwann auch einmal eine Änderung der Haushaltslage zu erwarten, so dass man dann den verfassungsmäßigen Auftrag der Konnexität im Rahmen der Kinderbetreuung diskutieren könne.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden geänderten **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der der Sitzungsvorlage Nr. VIII/512 als **Anlage II** beigefügten Vereinbarung mit den Katholischen Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten für die Laufzeit vom 01.08.2013 bis 31.07.2015 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **6 Haushaltsplan für das Jahr 2013** **hier: Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses** **Vorlage: VIII/526**

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/526 und bat um Wortmeldungen zu den einzelnen Produkten.

### **12 Grundschulen**

Produktverantwortliche Fuchs wies darauf hin, dass es bei diesem Produkt zu einer positiven Veränderung kommen werde. Der Ansatz beim Sachkonto 03001/436100 könne ab 2013 um 12.500 € auf 37.500 € erhöht werden, da durch erhöhte Teilnehmerzahlen in den Offenen Ganztagsgrundschulen auch die Einnahmen durch Elternbeiträge entsprechend ansteigen werden.

### **13 Verbundschule**

Ausschussmitglied Schaten fragte, ob in den Buskosten bereits die Veränderung der Verbundschule zu einer Sekundarschule berücksichtigt worden seien.

Dies wurde von Produktverantwortlicher Fuchs bestätigt.

Ausschussmitglied B. Kreuzfeldt erklärte, dass die SPD-Fraktion an dieser Stelle nicht zustimmen könne, da sie bekanntlich die Kostenaufteilung zwischen der Gemeinde Legden und Rosendahl nicht unterstütze. Sie bitte daher um getrennte Abstimmung zu den einzelnen Produkten, da sie ansonsten alle Produkte ablehnen müsse.

### **14 Förderschulen**

Produktverantwortliche Fuchs teilte mit, dass der Ansatz für die Förderschulen basierend auf der Abrechnung des Jahres 2011 nach oben korrigiert werden musste. Hier mussten die durch das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) eingetretenen Verschlechterungen beim Schüleransatz für Halbtagschüler berücksichtigt werden. Insgesamt sei der Ansatz um 18.000 € erhöht worden.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, ob eine in der Bürgermeisterkonferenz formulierte Resolution zu diesem Thema auch den jeweiligen Räten vorgelegt werden solle.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass er sich dazu noch einmal bei Bürgermeistersprecher Borgmann erkundigen wolle.

Fraktionsvorsitzender Steindorf regte an, grundsätzlich über eine gemeinsame Resolution nachzudenken, da er die zunehmende Entmündigung von Familien in Bezug auf die Entscheidung über die Unterbringung in Kitas und Schulen nicht gutheißen könne.

### **15 Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte**

Zu diesem Produkt gab es keine Wortmeldungen.

### **17 Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger**

Bürgermeister Niehues wies ausdrücklich darauf hin, dass der Zweckverband der Musikschule noch nicht über die Umlage für die beteiligten Kommunen entschieden habe. Die Versammlung sei erst für April 2013 vorgesehen. Daher könne er nicht sagen, ob der in den Haushalt eingestellte Betrag ausreichend sei.

### **18 Volkshochschule und sonstige Weiterbildung**

Ausschussmitglied Lembeck wunderte sich über die gestiegenen Personalaufwendungen, obwohl die Gemeinde Rosendahl doch aus dem Verband ausgetreten sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Personalaufwendungen auch für die Katholischen Bildungswerke seien. Der Anteil für den Volkshochschulverband sei sehr gering gewesen.

#### **46 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung**

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, ob die Einkommensverhältnisse der Eltern regelmäßig überprüft würden.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass zurzeit eine jährliche Überprüfung aller Einkommensverhältnisse stattfindet, was aber auch ein enormer Aufwand für die damit beschäftigten Mitarbeiterinnen sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing schlug vor, diesen Aufwand dem möglichen Verlust durch eine Falschangabe des Einkommens gegenüberzustellen.

Auch Ausschussmitglied Lembeck schlug vor, den Kontrollaufwand evtl. auf alle zwei Jahre zu reduzieren.

Bürgermeister Niehues sagte eine Überprüfung zu. Möglicherweise erfordere dann aber eine evtl. notwendige Rückerstattung oder eine Nachforderung genauso viel Arbeit wie bisher.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte, ob die von Frau Fuchs zu Beginn vorgetragene Verbesserung bei den Elternbeiträgen zur OGS auch in diesem Bereich zum Tragen komme.

Frau Fuchs erklärte, dass die Verbesserung bei der OGS nicht durch ein erhöhtes Einkommen sondern durch mehr Fälle zustande komme.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte weiter, ob das insgesamt absinkende Beitragsaufkommen im Haushalt durch den demografischen Wandel verursacht würde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dies auf dem beitragsfreien dritten Kindergartenjahr beruhe und nicht auf den demografischen Wandel zurückzuführen sei.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die im Entwurf des Haushaltes 2013 enthaltenen Teilergebnispläne für die Produkte

12	Grundschulen
13	Verbundschule
14	Förderschulen
15	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte
17	Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger
18	Volkshochschule und sonstige Weiterbildung
46	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

werden dem Rat unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen sowie unter Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernissen zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2013 empfohlen.

#### **12 Grundschulen**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **13 Verbundschule**

Abstimmungsergebnis: 8 Ja Stimmen  
1 Nein Stimme

### **14 Förderschulen**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **15 Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **17 Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **18 Volkshochschule und sonstige Weiterbildung**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **46 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **7 Mitteilungen der Verwaltung**

Es wurden keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vorgetragen.

## **8 Mitteilungen der Schulleitungen**

### **8.1 Sicherheitsbegehung in der Sebastian-Grundschule Osterwick - Rektor Middelberg**

Rektor Middelberg teilte mit, dass in der Sebastian-Grundschule eine Sicherheitsbegehung zum Thema Arbeitsmedizin stattgefunden habe.

Weiter habe es eine Begehung mit der Polizei zum Thema Amoklauf gegeben, die anschließend Empfehlungen zur Verbesserung der Sicherheit ausgesprochen habe. Hier bedanke er sich ausdrücklich bei Bürgermeister Niehues, der eine unbürokratische Unterstützung bei der Umsetzung der Empfehlungen zugesagt habe.

**8.2 Sicherheitsbegehung in der Antonius-Grundschule Darfeld - Kommissarische Schulleiterin Lyding**

Kommissarische Schulleiterin Lyding teilte mit, dass die Sicherheitsbegehung und die Beratung für den Amokfall in der Antonius-Grundschule aus terminlichen Gründen erst im März oder April dieses Jahres stattfinden werden.

**8.3 Genehmigungsbescheid für die Umwandlung der Verbundschule in eine Sekundarschule - Konrektorin Schulze Langenhorst**

Konrektorin Schulze Langenhorst berichtete, dass die Bürgermeister Friedhelm Kleweken aus Legden und Franz-Josef Niehues aus Rosendahl sowie Schulleiter Axel Barkowsky den Genehmigungsbescheid für die Umwandlung in eine Sekundarschule aus den Händen von Regierungspräsident Prof. Dr. Reinhard Klenke am 01. Februar 2013 in Münster erhalten haben.

**9 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)**

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Ralf Steindorf  
Ausschussvorsitzender

Sabine Wisner-Herrmann  
Schriftführerin